

Aktivitäten der IG Metall
zu den Gesetzgebungsvorhaben der Großen Koalition im Herbst 2006

I. Relevante politische Themenfelder im Herbst und Gesetzesvorhaben der Großen Koalition

Die Große Koalition plant bis zum Frühjahr 2007 gravierende gesetzliche Änderungen, die eine erhebliche Entlastung der Arbeitgeber und eine Mehrbelastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien beinhalten.

1. Alterssicherung - Rente mit 67

Die Bundesregierung strebt die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029 an sowie die gesetzliche Verankerung eines sogenannten Nachholfaktors.

Die Rente mit 67 zielt angesichts der Arbeitsmarktlage nicht in erster Linie auf eine Anhebung des faktischen Renteneintrittsalters, sondern auf höhere versicherungsmathematische Abschläge und somit auf Rentenkürzungen für den einzelnen. Der sogenannte Nachholfaktor führt dazu, dass bei künftigen Einkommenserhöhungen der Beschäftigten diese nicht oder nur unzureichend an die Rentnerinnen und Rentner weitergegeben werden. Auf absehbare Zeit ist für die Rentnerinnen und Rentner auf dieser Basis nur mit Null-Runden zu rechnen.

Der Kabinettsbeschluss zur Rente mit 67 ist bereits im Februar 2006 gefällt worden, nach der Sommerpause im September soll der Referentenentwurf präsentiert werden. Die endgültige Verabschiedung ist im März 2007 geplant.

2. Die Gesundheitsreform

Die Koalition hat am 3. Juli Eckpunkte für eine Gesundheitsreform beschlossen. Kern der Reform ist die Einführung eines Gesundheitsfonds, der aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Beiträgen finanziert und sukzessive mit Steuermitteln aufgefüllt werden soll. Sofern die Finanzmittel, die den Kassen aus diesem Fond zugewiesen werden, für die einzelnen Kassen nicht reichen, müssen diese zusätzliche Beiträge der Versicherten verlangen.

Würden die Eckpunkte gesetzlich umgesetzt, würde die paritätische Finanzierung durch Zusatzbeiträge der Versicherten weiter beschädigt.

Ferner sind Eingriffe in den Leistungskatalog bei „selbstverschuldetem Verhalten“ geplant. Gleichzeitig sind in kleinen Teilbereichen Leistungsausweitungen (z.B. Mutter/Kind - Kuren) vorgesehen.

Die private Krankenversicherung wird nicht ausreichend zur Finanzierung der Solidarsysteme herangezogen und bleibt privilegiert.

Die Regierungskoalition will unmittelbar nach der Sommerpause einen Gesetzesentwurf vorlegen und die Gesundheitsreform bis Ende des Jahres verabschieden. Allerdings ist es angesichts des heftigen Streits in der Koalition eher unwahrscheinlich, dass dieser Zeitplan eingehalten wird.

3. Unternehmenssteuer

Die Koalition hat ebenfalls Eckpunkte zur Reform der Unternehmenssteuer beschlossen. Diese Eckpunkte laufen auf eine jährliche Entlastung der Unternehmen im Volumen von rund 8 Milliarden hinaus. Bereits zuvor sind zahlreiche Steueränderungen beschlossen worden, namentlich die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte ab dem 01.01.2007, die zu einer Zusatzbelastung der Beschäftigten und insbesondere der Sozialleistungsbezieher führt.

Die Pläne zur Unternehmenssteuer verschärfen die bereits bestehende verteilungspolitische Schieflage zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Bundesregierung plant, die Unternehmenssteuerreform zum 1.1. 2008 in Kraft treten zu lassen.

4. Niedriglohnsektor

Die Große Koalition will jährliche Einsparungen im Bereich der Hartz-Gesetzgebung in Höhe von rund 4 Milliarden jährlich zu lasten der Betroffenen. Ob der Niedriglohnsektor durch Regelungen zur tariflichen und gesetzlichen Festschreibung von Mindestlöhnen eingedämmt werden soll, oder aber ob durch Kombi-Lohn-Modelle eine Verfestigung des Niedriglohnsektors angestrebt wird, ist zur Zeit nicht absehbar.

Bundesarbeitsminister Müntefering hat erklärt, zur Thematik im Herbst eine Vorlage einzubringen. Allerdings ist fraglich, ob der angedeutete Zeitplan der Bundesregierung tatsächlich eingehalten wird.

5. Mitbestimmung

Bisher hat sich die Große Koalition darauf festgelegt, lediglich konsensuale Ergebnisse der Biedenkopf-Kommission in den Gesetzgebungs-Prozess einzuspeisen. Bereits jetzt ist aber erkennbar, dass die Arbeitgeberseite darauf zielt, den gesellschaftlichen Druck zu erhöhen, um so die Große Koalition dazu zu verleiten, von ihren Festlegungen im Koalitionsvertrag Abstand zu nehmen und Abstriche bei der Mitbestimmung zu machen. Ob und wann zur Thematik das Gesetzgebungsverfahren eingeleitet werden wird, ist unklar.

II. Positionen der IG Metall

Die IG Metall hat in den unter I. dargestellten Politikfeldern eigenständige Positionen entwickelt, die sie in die öffentliche Debatte bringt.

1. Alterssicherung - Rente mit 67

Statt der Rente mit 67 fordert die IG Metall ein Konzept des flexiblen Ausstiegs aus dem Arbeitsleben bis zum 65. Lebensjahr. Diese Position hat der IG Metall-Vorstand zuletzt in seiner Erklärung „Arbeitnehmerbegehren Generationensolidarität“ festgehalten.

2. Gesundheitspolitik

Statt einer Gesundheitsreform, die die Parität weiter beschädigt, Leistungskataloge in Teilbereichen differenziert und die Privaten weiterhin privilegiert, will die IG Metall eine hochwertige Gesundheitsversorgung für Alle durchsetzen, die solidarisch finanziert wird. Die IG Metall steht für das Konzept der Solidarischen Bürgerversicherung. Dies hat der IG Metall - Vorstand in seinen Beschluss vom 9. März 2006 bekräftigt.

3. Unternehmenssteuer

Statt einer Unternehmenssteuer, die zu weiteren erheblichen Entlastungen führt, setzt sich die IG Metall dafür ein, die faktische Besteuerung der Unternehmen zu erhöhen. Insbesondere sind die Bemessungsgrundlagen zu verbreitern. Die IG Metall vertritt das Konzept der Solidarischen Einfachsteuer, das entsprechende Aussagen zur Unternehmenssteuer enthält. Dieses Konzept wurde zuletzt im Arbeitnehmerbegehren zur Bundestagswahl 2005 beschlossen.

4. Niedriglohnsektor

Die IG Metall hat sich im Arbeitnehmerbegehren für eine grundlegende Reform der Hartz-Gesetze ausgesprochen. Dies betrifft insbesondere armutsfeste Regelsätze, Zumutbarkeitsregelungen, die vor Lohndumping schützen sowie eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere.

Mit Blick auf die Mindestlohndebatte unterstützt die IG Metall den DGB-Bundeskongressbeschluss, der eine mehrstufige Lösung enthält. Primär geht es darum tarifliche Regelungen für die gesamte Branche verbindlich zu machen. Wo dies nicht möglich ist, gilt ein Mindestlohn von 7,50 €.

5. Mitbestimmung

Statt die Mitbestimmung weiter auszuhöhlen, will die IG Metall die Mitbestimmungsmöglichkeiten weiter ausbauen. Ein Katalog findet sich beispielsweise im vom Vorstand beschlossenen, ersten Arbeitnehmerbegehren.

III. Die Einschätzung der Gesetzesvorhaben und Konsequenzen für die IG Metall

Die Gesetzgebungspläne der Großen Koalition sind im Detail noch nicht bekannt. Bereits jetzt ist aber absehbar, dass es insgesamt um zusätzliche Leistungseinschnitte im Sozialbereich und um stärkere Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Entlastungen der Unternehmer geht. Hinzukommen, insbesondere bei der Gesundheitsreform, Maßnahmen, die einen grundlegenden Systemwechsel – Weg vom Solidarsystem – verfestigen. Bereits vorhandene Fehlentwicklungen zu Lasten von Beschäftigten und Sozialleistungsbeziehern werden erheblich verschärft.

Die Aktivitäten der IG Metall zielen darauf, im Bündnis mit sozialen Bewegungen und Betroffenen

- über die Pläne und ihre Auswirkungen aufzuklären,
- Alternativen zu diesen Plänen (weiter-) zu entwickeln und in der Öffentlichkeit zu verankern,
- und den Protest gegen die Planungen öffentlichkeitswirksam zu organisieren.

Durch eine Kombination dieser Aktivitäten mit der entsprechenden kontinuierlichen Lobbyarbeit muss der Druck auf die Politik erhöht werden.

IV. Aktivitätenplanung

Zusammenarbeit mit dem DGB - Aktionstag am 21. Oktober

Der DGB – Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 4. Juli 2006 den Beschluss „Gewerkschaftliche Aktivitäten zur Zukunft der sozialen Sicherung“ gefällt. Die IG Metall unterstützt diese Aktionsplanung des DGB ausdrücklich und wird die Aktivitäten gemeinsam mit dem DGB durchführen.

Dabei stehen aus Sicht der IG Metall die Themen Generationensolidarität und Gesundheitsreform und die gewerkschaftspolitischen Alternativen im Mittelpunkt der Mobilisierung.

Vorläufiger Höhepunkt der gemeinsamen Aktivitäten ist der **Aktionstag am 21. Oktober 2006**. Dort werden **regionale Großkundgebungen**, zu denen DGB und Gewerkschaften gemeinsam aufrufen, durchgeführt.

Um für diese Großkundgebungen erfolgreich zu mobilisieren, müssen Funktionäre, Mitglieder und letztlich die Öffentlichkeit über die Regierungspläne und gewerkschaftliche Alternativvorstellungen informiert werden:

Die IG Metall wirbt für die Auftaktveranstaltung des DGB am 20. September in Berlin und mobilisiert hierfür Betriebsräte und Vertrauensleute. Sie unterstützt ebenso die vom DGB-Bundesvorstand für Anfang Oktober in Berlin geplante öffentliche Anhörung zur Gesundheitspolitik. Sie wird die weiteren Gesetzgebungsverfahren gemeinsam mit dem DGB kritisch begleiten.

In Zusammenarbeit mit dem DGB wird ein Werbekonzept erarbeitet, das von allen Gewerkschaften mit ihren Logos genutzt werden kann und einen einheitlichen Rahmen bietet. Bestandteile des Konzeptes sind die Erarbeitung eines Mottos, Plakate und Flugblätter.

Die IG Metall wird die Kampagne in ihren eigenen Print- und Online-Medien prominent unterstützen und bei möglichen gesellschaftlichen Bündnispartnern um Unterstützung werben.

Die Aktivitätenplanung wird in den Bezirken vorgestellt und diskutiert.

Es ist notwendig, dass sich alle Verwaltungsstellen an der Mobilisierung beteiligen und in ihrer Region zumindest eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung zu einem der Themen durchführen. Die Bezirksleitungen entwickeln in Zusammenarbeit mit den Verwaltungsstellen ein entsprechendes Konzept.